



HESSISCHER LANDTAG

11. 09. 2025

WVA

Dringlicher Berichts Antrag

**Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD),
Dimitri Schulz (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)**

Transparenz und Rechtmäßigkeit der Konstituierung des Entwicklungspolitischen Beirats der Hessischen Landesregierung

Am 21. März 2025 hat sich der Entwicklungspolitische Beirat (EZ-Beirat) der Hessischen Landesregierung, für die aktuelle Legislaturperiode neu konstituiert. Aus Protokollen, internen E-Mails und Ausschussberichten ergeben sich Unklarheiten über Einrichtung, Zusammensetzung, Rechtsgrundlagen und Informationsweitergabe. Angesichts eines Jahresetats von 1,05 Millionen Euro, personeller Verflechtungen zwischen Förderempfängern und Beiratsmitgliedern, sowie der Nichtberücksichtigung mindestens einer Landtagesfraktion besteht akuter parlamentarischer Aufklärungsbedarf.

Zwischenzeitlich wurde der AfD-Fraktion am 04. September 2025, durch den Vorsitzenden des EZ-Beirates, Dr. Kambiz G., die endgültig beschlossene Geschäftsordnung zugesandt. Diese war zuvor, wie in einer Mail vom 23. Juli 2025 an Dr. Frank Grobe mitgeteilt, noch als Entwurf deklariert und konnte daher nicht übersandt werden. Die Übersendung erfolgte erst nach wiederholtem Nachfragen und mit der ausdrücklichen Bitte um Vertraulichkeit.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wer hat die Einrichtung und Konstituierung des EZ-Beirates genehmigt und auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgte dies?
2. Welche Fraktionen des Hessischen Landtages waren bei der konstituierenden Sitzung des Entwicklungspolitischen Beirates am 21. März 2025 eingeladen und welche waren anwesend?
3. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Zusammensetzung für die Mitwirkungsrechte und die parlamentarische Kontrollmöglichkeit der ausgeschlossenen Fraktionen, insbesondere der AfD?
4. Aus welchen Gründen wurden Vertreter aller im Landtag vertretenen Fraktionen, insbesondere der AfD, nicht zur Konstituierung eingeladen?
5. Welche konkreten Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse hatte Staatssekretär Umut Sönmez im Berufungsverfahren und bei der konstituierenden Sitzung des Entwicklungspolitischen Beirats?
6. Inwieweit nahm Herr Staatssekretär Sönmez Einfluss auf die Auswahl, Einladung und Zusammensetzung des Gremiums?
7. Wie wurden die von ihm vorgenommenen Zusammensetzungen begründet? Bitte dabei berücksichtigen, dass laut Minister Mansoori in der Ausschussdrucksache WVA 21/2 (Antwort zu Frage 3 des DBA 21/398) der zuständige Staatsminister für dieses Verfahren verantwortlich ist.
8. Welche Auswahlkriterien und Verfahren wurden bei der Berufung der Mitglieder angewandt? Bitte alle berufenen Personen und Organisationen einzeln benennen.
9. Nach welchen Kriterien wurden neue Mitglieder, insbesondere zusätzliche Vertreter, wie zum Beispiel das „Klima-Bündnis der Kommunen mit den indigenen Völkern“ oder „migrantisch-diasporische Organisationen“ berufen?

10. Wann und durch wen wurde die endgültige Geschäftsordnung des EZ-Beirats beschlossen? Mit E-Mail vom 23. Juli 2025 teilte das zuständige Referat des Ministeriums an Herr Dr. Frank Grobe MdL mit, die Geschäftsordnung befinde sich noch im Entwurf und könne daher nicht übersandt werden, obwohl im Protokoll der konstituierenden Sitzung am 21. März 2025 dokumentiert, dass die Geschäftsordnung einstimmig beschlossen wurde. Bitte diesen Widerspruch erläutern.
11. Warum wurde die endgültige Geschäftsordnung des EZ-Beirates über ein halbes Jahr nach der konstituierenden Sitzung und trotz der ihrer angeblichen einstimmigen Verabschiedung erst am 04. September und nach mehrmaliger Nachfrage seitens der AfD, durch den EZ-Beiratsvorsitzenden Dr. Kambiz G. an die AfD-Fraktion in E-Mails an die Abgeordneten Dr. Frank Grobe und Olaf Schwaier übersandt und warum verbunden mit der Aufforderung, diese nicht an Dritte weiterzugeben?
12. Aus welchem Grund wurde der AfD-Fraktion lediglich das Protokoll der konstituierenden Sitzung zugänglich gemacht und nicht auch die Anlagen, wie etwa die Teilnehmerliste und die endgültige Geschäftsordnung?
13. Welche rechtlichen und organisatorischen Gründe führten dazu, dass die AfD-Fraktion weder Teilnehmerliste noch die endgültige Geschäftsordnung zeitnah erhielt, obwohl andere Fraktionen offenbar umfassender informiert wurden?
14. Wie hoch waren die Zuwendungen, Projektförderungen, institutionellen Förderungen, Zuschüsse und sonstigen finanziellen Leistungen des Landes Hessen an die im Beirat vertretenen Organisationen? Bitte je Kalenderjahr 2023 bis 2025, nach Art der Leistung und Empfängerorganisationen und im Verhältnis zum jährlichen Gesamtetat aufschlüsseln.
15. Welche personellen Verflechtungen bestehen zwischen Förderempfängern und Mitgliedern des Entwicklungspolitischen Beirats, und welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus hinsichtlich der Vermeidung von Interessenskonflikten und der Sicherstellung von Transparenz und Unabhängigkeit des Gremiums?
16. Wie ist die Aussage von Minister Mansoori im Stenographischen Bericht der 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum vom 29. August 2024, dass „nichts in Empfängerländer“ gehe, sondern lediglich „Projektförderung für hiesige NGOs“ erfolgt, mit den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Hessen von 2018 vereinbar, die ausdrücklich auch Auslandsprojekte vorsehen?
17. Welche Kosten entstehen dem Land Hessen durch die laufende Beiratsarbeit (zum Beispiel Personal-, Verwaltungs-, Sach- und Reisekosten)?
18. In welcher Form und in welchen zeitlichen Abständen legt der Entwicklungspolitische Beirat Hessen dem Landtag und der Öffentlichkeit außerhalb des turnusmäßigen Erscheinens des „EZ-Berichts“ Rechenschaft über seine Tätigkeit ab?”
19. Welche Kriterien legt die Landesregierung an, um künftig die Transparenz und demokratische Legitimation des EZ-Beirates sicherzustellen?
20. Welche Auswirkungen hat die verspätete und eingeschränkte Informationsweitergabe auf die parlamentarische Kontrollmöglichkeit und Mitwirkung der AfD-Fraktion im EZ-Beirat?
21. Welche verbindlichen Transparenzstandards und Kommunikationspflichten zur Information aller im Landtag vertretenen Fraktionen, sieht die Landesregierung künftig vor, um vergleichbare Fälle von Informationsverweigerung oder -verzögerung auszuschließen?
22. Im stenographischen Bericht der zweiten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum vom 25. April 2024 kündigte Minister Mansoori an, den Ausschuss über interne Beratungen zum EZ-Beirat proaktiv zu informieren. Im Stenographischen Bericht der 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum vom 29. August 2024 erklärte er zudem: „Der Beirat soll fortgesetzt werden. Ich arbeite gerade im Haus in Abstimmung mit der alten Spitze an einer veränderten Ausrichtung, ...“. Bis zur Konstituierung am 21. März 2025 und auch danach, gab es jedoch keine weiteren „proaktiven“ Informationen an den Ausschuss. Bitte erläutern, warum weder die angekündigte Unterrichtung noch

der Arbeitsstand zur veränderten Ausrichtung dem Ausschuss vorgelegt wurden und welche Auswirkungen dies auf die parlamentarische Begleitung des Berufungsverfahren hatte.

Wiesbaden, 11. September 2025

Olaf Schwaier
Klaus Gagel
Andreas Lichert
Dimitri Schulz
Dr. Frank Grobe